

03/24 südseite

Sanierungszeitung für die Südliche Friedrichstadt | Semt yenileme gazetesi | صحيفة اصلاح وتأهيل المنطقة

Seite 4 - Treffen zur Situation
am Mehringplatz

Seite 6 - Ewige Baustelle
Kurt-Schumacher-Grundschule

Seite 7 - Entwicklung der Erd-
geschosszone am Mehringplatz

Seite 9 - Historie der
Hochbahn am Halleschen Tor





Nachrichten

Gebietsvertretung fordert konkrete Lösungen für soziale und bauliche Missstände

Die Gebietsvertretung des Sanierungsgebiets »Südliche Friedrichstadt« hat einen Beschluss zu baulichen und sozialen Missständen im Gebiet gefasst. Darin fordert sie »ein aktives Handeln der zuständigen Behörden und der Politik auf Senats- und Bezirksebene. Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen entsprechenden Rahmen zu schaffen und eine Veranstaltung mit allen Beteiligten zu organisieren, in der konkrete Handlungsstrategien und Lösungen diskutiert und beschlossen werden können. Die Teilnahme von leitenden, entscheidungsbefugten Mitarbeitenden auf Seiten der zuständigen Senatsverwaltungen ist hierbei unabdingbar.« Dabei sieht die Gebietsvertretung besonderen Handlungsbedarf beim »fortschreitenden Verfall der Sozial- und Bildungsinfrastruktur«, bei der die baulichen Missständen stetig dringlicher werden, für deren Beseitigung aber oft die Finanzierung fehle. Parallel dazu mangle es an einer angemessenen Ausstattung und Finanzierung für die Sozialarbeit und pädagogische Fachkräfte, »was in der besonders prekären Situation bezüglich des Bildungsstands der Kinder und Jugendlichen im Kiez resultiert«, heißt es in dem Beschluss. Der Wortlaut des Beschlusses ist auf der Website des Sanierungsgebiets www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de veröffentlicht.

Aus dem Sanierungsbeirat

Die wichtigsten Themen der letzten Sanierungsbeiratssitzung am 10. Juli und 26. September waren:

- die weitere Entwicklung im Block 619 (Blücherstraße / Blücherplatz / Waterloo-Ufer / Zossener Straße)
- Teilsanierung der Friedrichstr. 1–3
- Runder Tisch zum Thema Gewalt + Drogenkriminalität am Mehringplatz
- Friedrichstr. 245 (Grundstück der Parkpalette)

Der nächste Sanierungsbeirat findet am Mittwoch, den 27. November 2024 um 18 Uhr im AGB PopUp am Blücherplatz statt.

Termine und Protokolle der Sitzungen finden Sie unter www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de.

Sprechstunde Sanierungsgebiet

In der Kiezstube (Mehringplatz 7) wird einmal wöchentlich eine Sprechstunde zum Sanierungsgebiet durch den Sanierungsbeauftragten Stadtkontor angeboten. Die Sprechstunde findet jeden Mittwoch von 14 bis 17 Uhr statt.

Kostenlose Mieterberatung

Immer dienstags bietet asum für Mieterinnen und Mieter von 15 bis 17 Uhr kostenlose Sprechstunden mit einem Mietrechtsanwalt und einem Mieterberater in der Kiezstube am Mehringplatz 7 an. Die Sprechstunden können ohne vorherige Terminvereinbarung besucht werden.

Inhaltsverzeichnis

- 3 Aktuelles
- 4 Veranstaltung zur Situation am Mehringplatz
- 5 Drogen und Kriminalität am Mehringplatz: Was der zuständige Polizeiabschnitt sagt
- 6 Brandbrief zur Kurt-Schumacher-Grundschule
- 7 Gewerbe-Fachtag: Erdgeschossnutzungen und öffentlicher Raum
- 8 Soziale Infrastruktur im Gebiet
- 9 Gebietsgeschichte: Die Hochbahn am Halleschen Tor
- 10 Veranstaltungen / Nachrichten
- 11 Eddi und die Überschwemmungen
- 12 Das Letzte

»Südseite« per Mail und im Internet

Sie möchten die aktuelle Zeitung lieber auf elektronischem Weg als PDF erhalten?

Schreiben Sie uns einfach eine kurze E-Mail an redaktion-suedseite@gmx.de mit dem Stichwort »E-Versand«.

Die »Südseite« findet man auch im Internet mit sämtlichen bisher erschienenen Ausgaben als PDF: www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de/links-und-downloads/sanierungszeitung-suedseite/

Impressum Südseite 3/2024

10. Jahrgang: Erscheinungstermin November 2024

Herausgeberin: asum GmbH, Charlotte Weber (V.i.S.d.P.), Thaerstr. 30d, 10249 Berlin, Tel. 030-29 34 31 18, info@asum-berlin.de, www.asum-berlin.de im Auftrag des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsanschrift: Südseite c/o U. Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel. 030-283 31 27 redaktion-suedseite@gmx.de

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf & Gestaltung: Kai Dieterich, (In Vertretung: Andreas Koch), www.morgen-berlin.com



Quartiersentwicklung an der Franz-Künstler-Straße

Ausstellung in der StadtWERKSTATT im Dragonerareal

An der Franz-Künstler-Straße soll ein neues Stadtquartier mit ca. 500 Wohnungen, Grün- und Spielflächen, einer Kita und Einkaufsmöglichkeiten entstehen. In den letzten Jahren ist es gelungen, alle notwendigen Teilgrundstücke an der Franz-Künstler-Straße in das Eigentum des landeseigenen Wohnungsunternehmens Gewobag zu bringen, die das Grundstück in den kommenden Jahren entwickeln will. Ein Bebauungsplan (B-Plan) ist gemeinsam mit dem bezirklichen Stadtentwicklungsamt in Arbeit. Der Standort ist nach dem bezirklichen Konzept »Ankommen und Bleiben« als einer von mehreren dezentralen Orten für Geflüchtetenunterkünfte vorgesehen. Es soll zukünftig das Zuhause von circa 1.000 Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte werden. Hierzu fanden bereits mehrere Beteiligungsworkshops statt. Eine Ausstellung informiert ab dem 29. Oktober über die aktuelle Planung und das Verfahren sowie über weitere Beteiligungsmöglichkeiten. Die Ausstellung ist vom 29.10. bis 21.11.2024 immer dienstags und donnerstags von 17-19 Uhr geöffnet. Ort: StadtWERKSTATT Friedrichshain-Kreuzberg auf dem Dragonerareal/Rathausblock, Obentrautstraße 19-21 (hinter dem Finanzamt am Mehringdamm).

F1 und KMA: Bezirk unternimmt dringlichste Instandsetzungsarbeiten ab 2025

In der letzten Ausgabe berichteten wir über Baumaßnahmen, die das Bezirksamt am Gebäude Friedrichstraße 1-3 vornehmen will. Dabei geht es noch nicht um die seit langem angestrebte Kernsanierung, sondern vorerst um dringendste Instandsetzungsarbeiten, die notwendig sind, um den Standort zu erhalten und den Weiterbetrieb zu ermöglichen. Die Mittel für die Umsetzung dieser Maßnahmen werden über das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) bereitgestellt. Zu den Maßnahmen gehört die Dachsanierung der Friedrichstraße 1. Die Vorbereitungen dafür beginnen bereits dieses Jahr mit dem Abtragen der Dachplatten und des Gründachs. Die Abdichtung des Daches bleibt jedoch erhalten. Die eigentlichen Baumaßnahmen sind dann für den Zeitraum vom 3. März bis 22. Dezember 2025 geplant. In dieser Zeit müssen leider die jeweils betroffenen Gebäudebereiche vorüber-

gehend geschlossen werden. In diesen Zeiträumen sollen die Angebote nach Möglichkeit in den jeweils anderen Gebäudeteil verlagert werden. Mit den Mieterinnen und Mietern im Haus werden jetzt gemeinsam Lösungen erarbeitet, damit trotzdem ein Basisprogramm während der Bauzeit angeboten werden kann.

Vom 3. März bis 25. Juli 2025 wird der Gebäudeteil F1 wegen der dort stattfindenden Bauarbeiten geschlossen. Die sonst dort stattfindenden Aktivitäten werden in die Friedrichstr. 2-3 verlegt.

In einer etwa zweiwöchigen Übergangsphase, nämlich vom 21. Juli bis 4. August 2025 muss das komplette Gebäude F1-3 geschlossen bleiben. Vom 29. Juli bis 22. Dezember 2025 folgen dann die Bauarbeiten im Gebäudeteil F2-3, der in dieser Zeit geschlossen bleiben muss. Die Aktivitäten, die sonst dort stattfinden, werden nach Möglichkeit in die F1 verlegt.

Verschoben auf 2033

Bezirksamt protestiert gegen Investitionsplanung des Senats 2024-2028

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg erhebt bei der Senatsverwaltung für Finanzen Einspruch gegen die Investitionsplanung des Landes Berlin für die Jahre 2024 bis 2028. Darin findet die Sanierung des Rathausgebäudes in der Yorckstraße 4-11 keine Berücksichtigung mehr, obwohl ein konkreter Baubeginn bereits in Sicht war. Eine weitere Verschiebung gefährdet den Betrieb des Standortes. Auch der Umbau und die Sanierung der Friedrichstraße 1-3 mit dem Stadtteilzentrum F1 und der KMAntenne werden in den Senatsplänen auf das Jahr 2033 verschoben. Dabei hat sich der Gesamtzustand des Gebäudes schon dermaßen verschlechtert, dass Räume gesperrt und Angebote deshalb eingeschränkt oder beendet werden müssen. Ohne die Sanierung des Gebäudes kann keine Stadtteil- und Jugendarbeit durchgeführt werden. Betrof-

fen wären viele Menschen im Kiez, für die das Stadtteilzentrum ein Ankerpunkt ist.

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann: »Mit der Investitionsplanung der Senatsverwaltung werden in unserem Bezirk existenzielle Maßnahmen auf die lange Bank geschoben oder gar ganz gestrichen. Die Sanierung des Dienstgebäudes in der Yorckstraße ist für die Betriebsfähigkeit, die Erreichbarkeit und Nutzbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger unabdingbar. Durch die Verschiebung der Sanierung des Stadtteilzentrums am Mehringplatz auf 2033 ist es nur eine Frage der Zeit, bis wir das Gebäude schließen müssen. Das Bezirksamt hat gegen die Investitionsplanung Einspruch eingelegt. Der soziale Zusammenhalt vor Ort darf nicht gefährdet werden.«

Der Gesprächsbedarf ist groß

Am 17. Oktober lud das Bezirksamt zum »öffentlichen Austausch« über Probleme am Mehringplatz ein

Der Raum war eindeutig zu klein für die vielen Menschen, die auf Einladung des Bezirksamtes ins F1 gekommen waren, um über die Situation am Mehringplatz zu reden. Erschienen waren neben Anwohnerinnen und Anwohnern u.a. auch Vertreterinnen und Vertreter des Quartiersmanagements, der KMA, der Polizei, vom Unionhilfswerk, des Gebietsbeauftragten Stadtkontor, Streetworker von Outreach e.V. sowie einige Stadtteilmütter, Mitglieder der Gebietsvertretung, des Revolutionären Anwohner*innenrats (RAR), des Vereins Kunstwelt e.V. und mehrere Gewerbetreibende. Etliche Teilnehmende hatten allerdings erst durch Dritte von der Einladung erfahren. Die Wohnungsbaugesellschaften HOWOGE und Gewobag waren zwar eingeladen worden, hatten ihre Teilnahme aber abgesagt. Dabei gehören die Missstände insbesondere in den Hochhäusern zu den Problemen, unter denen viele hier leiden.

Das Bezirksamt hatte diesen »öffentlichen Austausch« wohl in Reaktion auf den Runden Tisch zur Situation am Mehringplatz organisiert, den der RAR im Sommer einberufen hatte. Neben der Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann waren auch die Bezirksstadträte Andy Hehmke und Oliver Nöll anwesend, um die Runden zu moderieren. Denn das Bezirksamt hatte geplant, nach einer kurzen Einleitung die Diskussion an drei thematischen fortzuführen. Eine Idee, die bei vielen Anwesenden auf Protest stieß: Sie wünschten sich vielmehr, dass alle Themen auch gemeinsam besprochen werden sollten, denn viele Probleme hingen miteinander zusammen, weshalb es schwierig sei, sich für einen von drei Tischen entscheiden zu müssen.

Doch das Bezirksamt mochte von seiner Planung nicht abweichen, es blieb bei den drei Tischen, denen bestimmte Themen zugeordnet waren: »Räume für Kinder und Jugendliche«, »Soziale Arbeit und Angebote« und »Öffentlicher Raum und Wohnumfeld«. An letzterem Tisch kam vieles zur

Sprache: Anwohner und Gewerbetreibende berichteten von Bedrohungen und gewalttätigen Vorfällen, die vor allem von einer bestimmten Gruppe Jugendlicher ausgingen und die für Verunsicherung und Angst sorgten. Eine Stadtteilmutter berichtete auch von ihren Gesprächen mit Müttern, die befürchteten, dass ihre Kinder ebenfalls auf die schiefe Bahn geraten könnten.

Diese Gruppe junger Erwachsener ist auch der Polizei bekannt. Man habe sie im Blick und bereits Ansprachen auch in deren Elternhäusern geführt. Einige Anwohner, die selbst bedroht wurden, berichteten, dass sie auf eine Anzeige bei der Polizei verzichtet hätten – aus Angst vor physischen Attacken. Deshalb war die Feststellung wichtig, dass auch anonyme Anzeigen (online) möglich sind. Die führen zwar nicht zu einer juristischen Verfolgung, aber zumindest erfährt die Polizei von den Vorgängen und wird so sensibilisiert.

Gleichzeitig war es aber auch den meisten wichtig zu differenzieren: Es handle sich zwar um eine sehr auffällige Gruppe, aber eben auch um eine kleine. Es gehe nicht pauschal um »die Jugendlichen«. Insgesamt sei die Situation von Familien mit Kindern und von jungen Erwachsenen im Gebiet oft schwierig. Das beginnt mit Kitas und Schulen, wo der Krankenstand des Personals hoch ist, besonders hoch ist die Belastung an der Kurt-Schumacher-Schule wegen der Dauerbaustelle (siehe auch S. 6). Die Wohnsituation vieler Familien, die oft auf beengtem Raum zusammenleben müssen, ist problematisch, auf der anderen Seite fehlen sozialpädagogisch betreute Räume für Kinder und Jugendliche. Eine Anwohnerin kritisierte, dass das Land Berlin selbst keinen Respekt gegenüber Heranwachsenden zeige, »wenn es nicht mal vernünftige Toiletten an Schulen und Horten gibt«.

Außerdem ging es um Müll und um Vandalismus in Hochhäusern. Bemängelt wurde die schwierige Kommunikation mit den Wohnungsbau-



gesellschaften, die viele Serviceleistungen an Fremdfirmen ausgelagert haben. Gleichzeitig zögen die Missstände in den Häusern Obdachlose und Suchtkranke an und die Probleme verschärfen sich weiter. Eine Anwohnerin fragte, wie die Politik die Wohnungsbaugesellschaften dazu bringen könnte, ihre Häuser instand zu halten. Auch die Beleuchtung im Gebiet wird als unzureichend empfunden, zudem gebe es viele schlecht einsehbare Ecken, die zu »Angsträumen« würden. Hier gab es den Vorschlag, mit der Polizei, dem Bezirk und den Hauseigentümern einen Rundgang zur städtebaulichen Kriminalprävention zu organisieren. Doch viele Anwesende, darunter etliche Vertreterinnen und Vertreter des RAR, der Gebietsvertretung und der Mieterinitiative Mehringplatz West hatten die Veranstaltung bereits vorzeitig verlassen und auch unter den anderen Teilnehmern war der Unmut groß: Weil zu wenig Zeit eingeplant worden war, wegen der mangelnden Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld und der Aufspaltung der Teilnehmenden in kleinere Gruppen. So fühlten viele sich und ihre Anliegen nicht ernst genommen. Zudem hatte im Vorfeld die Nachricht, dass die Stelle des Kiezhausmeisters zum Jahresende gekündigt werden soll, für blankes Entsetzen gesorgt. Der Kiezhausmeister ist im Gebiet außerordentlich beliebt und trägt maßgeblich zur Verbesserung der Situation bei. Die Mieterinitiative Mehringplatz-West reagierte darauf mit einem Offenen Brief. In unserer nächsten Ausgabe werden wir ausführlicher berichten. us



Mehringplatz kein »kriminallasteter Ort«

Polizei setzt sich für Drogenkonsumräume ein

Der Mehringplatz ist kein »kriminallasteter Ort« wie etwa die Gegend um das Kottbusser Tor, den Görlitzer Park oder den Hermannplatz. Darauf hatte der Leiter des Polizeiabschnitts 53 im Rahmen einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung am 18. Juli im Café MadaMe am Mehringplatz hingewiesen. Auf unsere Nachfrage hin erläuterte uns die Polizei Berlin ausführlich die Fakten. Zwar ähnelt der Mehringplatz in mehrfacher Weise dem Kottbusser Tor – durch die Bebauung mit Wohnhochhäusern zum Beispiel oder durch die verkehrsgünstige Lage an einer Kreuzung zweier U-Bahn-Strecken. Die Fallzahlen der polizeilich registrierten Straftaten erfüllen am Mehringplatz aber bei weitem nicht die rechtlichen Voraussetzungen, die in Berlin für eine Einstufung als lokaler Kriminalitätsschwerpunkt notwendig sind. In den gegenwärtig sieben »kriminallasteten Orten« Berlins hat die Polizei erweiterte Rechte zur Identitätsfeststellung und Durchsuchung verhaltensauffälliger Personen. Dabei geht es vor allem um Drogen. Am Kottbusser Tor und im Görlitzer Park nutzen die Beamten des Polizei-

abschnitts 53 diese Sonderrechte. Dieser Polizeiabschnitt ist für den Kreuzberger Bereich nördlich des Landwehrkanals zuständig. Etwa ein Sechstel aller Rauschgiftdelikte der gesamten Stadt werden hier aktenkundig, weit mehr als irgendwo sonst. Laut Kriminalitätsatlas waren das im vergangenen Jahr 2.753 Fälle. Davon wurden, wie uns die Polizei auf Anfrage mitteilte, aber nur 24 im Kontaktbereich um den Mehringplatz festgestellt, zu dem auch der U-Bahnhof Hallesches Tor und die Wohnhochhäuser aus den 1970er Jahren gehören. Zwar wird am Mehringplatz lange nicht so intensiv kontrolliert wie am Kotti oder im Wrangelkiez. Im Reviergebäude neben dem U-Bahnhof Kochstraße sind aber die Beamten für Rauschgiftdelikte ganz besonders sensibilisiert. Es könnte ihnen gar nicht entgehen, wenn sich direkt nebenan ein Umschlagplatz für Drogen entwickeln würde. Es gibt auch keine Anzeichen dafür, dass sich Teile des illegalen Handels wegen der vielen Kontrollen zum verkehrsgünstig gelegenen Mehringplatz hin verlagern. Die Polizei schließt zwar mögliche Verdrängungseffekte nicht aus: »Gleichwohl weisen die

Fallzahlen der festgestellten Betäubungsmittelverstöße keine auffälligen Änderungsraten auf«, so schreibt uns die Pressestelle. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre wurden am Mehringplatz jährlich 29 Drogendelikte registriert, im letzten Jahr waren es wie gesagt 24 – und im ersten Quartal 2024 insgesamt 9 (also hochgerechnet aufs Jahr 27). Natürlich aber leben am dicht besiedelten Mehringplatz mehr Suchtkranke als am Stadtrand oder in Brandenburger Kleinstädten. Und hier wohnen auch Leute, die in die organisierte Kriminalität verstrickt sind. Dennoch ist die Südliche Friedrichstadt kein hervorstechender Umschlagplatz für illegale Rauschmittel. Mit dem Wrangelkiez lässt sie sich in dieser Hinsicht überhaupt nicht vergleichen. Soziale Projekte der Drogenhilfe hätten dagegen im Umfeld des Mehringplatzes durchaus Sinn – das denkt auch die Polizei. Denn mit der Hilfe von Drogenkonsumräumen ist es in den letzten Jahren gelungen, zumindest den Heroinkonsum ein Stück weit zurückzudrängen (bei Kokain ist das leider nicht der Fall). Die Entwicklung der polizeilichen Fallzahlen belegt das deutlich. Für Heroin gibt es pharmakologische Ersatzstoffe, die den Suchtkranken ein weitgehend normales Leben ermöglichen. Die Drogenhilfe kann ihren Klienten also ein echtes Angebot unterbreiten, über die Drogenkonsumräume kommt sie an sie heran. »Aus polizeilicher Sicht bewirken Drogenkonsumräume eine spürbare Abnahme des Konsums von Betäubungsmitteln in der Öffentlichkeit mit allen einhergehenden negativen Begleiterscheinungen. Im Rahmen von Gesprächen mit Anwohnerinnen und Anwohnern aus dem unmittelbaren Umfeld verschiedener Drogenkonsumräume gab es im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte stets ein positives Feedback«, schreibt uns die Polizei. In Kreuzberg gibt es so einen Drogenkonsumraum bereits am Kotti, aber auch abseits der »Szene« kann so ein Projekt sinnvoll sein. Sehr erfolgreich arbeitet schon Jahrzehnten die älteste derartige Einrichtung in der Stadt, die »Birkenstube« unweit des U-Bahnhofs Birkenstraße in Moabit. Dort war die Nachbarschaft anfangs sehr skeptisch, inzwischen aber regt sich hier niemand mehr darüber auf.

Christof Schaffelder

12 Jahre Baustelle – und kein Ende in Sicht

Elternvertretung der Kurt-Schumacher-Grundschule wendet sich mit Brandbrief an den Regierenden Bürgermeister

Diesen Satz muss man erstmal begreifen: Seit nunmehr 12 Jahren ist die Kurt-Schumacher-Grundschule in der Puttkamerstraße eine Baustelle, und das bei laufendem (Ganztags!)betrieb mit rund 280 Kindern.

12 Jahre: Das sind zwei komplette Grundschuljahrgänge; Kinder, die von der Einschulung bis zum letzten Schultag der 6. Klasse nichts anderes kannten als inmitten einer Baustelle zu lernen, zu spielen, Hausaufgaben zu machen, zu essen. Und in diesem Frühjahr stellte sich heraus, dass sich die Sanierung noch mehr in die Länge ziehen wird. Deshalb hat sich die Elternvertretung nun mit einem Brandbrief an den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner gewendet.

Das Drama begann Ende 2012, als während einer Routine-Inspektion im 70er-Jahre-Schulbau Mängel beim Brandschutz festgestellt wurden. Umgehend wurde der komplette Schulbetrieb in das eilig als Schule hergerichtete Hortgebäude verlegt. Der Bezirk entschied sich für Sanierungsmaßnahmen, doch dann stellte sich heraus, dass dies wegen der Bauweise der Schule eine Komplettsanierung bedeutet. Der Rechnungshof kritisierte später, dass die Prüfung der Planung mangelhaft gewesen sei, womöglich wären Abriss und Neubau sinnvoller gewesen.

Neuplanungen, Firmeninsolvenzen, Baustopps und steigende Kosten verzögerten die Sanierung immer weiter. Damit wenigstens ein Teil des Schulgebäudes schneller wieder nutzbar ist, wurde das Bauvorhaben in zwei Bauabschnitte geteilt. Doch bis zur Fertigstellung des ersten Bauabschnitts vergingen 10 Jahre – erst 2022 wurde er in Betrieb genommen. Und noch immer fehlt weit über die Hälfte der Räumlichkeiten (Klassen- und Fachräume, die Mensa, ein Lehrerzimmer u.a.), noch immer verbringen Klassen ihren gesamten Schultag mit Unter-

richt, Pausen, Essen und Nachmittagsbetreuung in jeweils einem einzigen Raum – ein unhaltbarer Zustand. Nicht zuletzt deshalb, weil hier auch Kinder mit höherem Förderbedarf lernen, wofür man mehr Räume bräuchte.

Eigentlich sollte der zweite Bauabschnitt bis 2026 endlich abgeschlossen werden, denn die Bauplanung liegt vor und die Finanzierung wurde genehmigt. Doch nun liegt der Bau wieder auf Eis: diesmal wegen des benachbarten Oberstufenzentrums (OSZ). Dort soll ebenfalls gebaut werden – doch dabei stellte sich heraus, dass die Bauplanung für das OSZ wegen der engen Nachbarschaft mit den Plänen der Grundschule kollidiert. Das Problem wurde erst spät offensichtlich, weil es wie so oft in Berlin unterschiedliche Zuständigkeiten gibt: für das OSZ ist die landeseigene BIM (Berliner Immobilienmanagement) zuständig, für die Grundschule der Bezirk.

Der zuständige Schul- und Sportstadtrat des Bezirks Andy Hehmke teilte uns dazu mit, dass »sich im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens für beide Vorhaben Probleme ergaben, die zunächst zur Nicht-Genehmigung beider Vorhaben führten (...). Diese Fragen, die sehr kleinteilig und teilweise aufwändig zu lösen sind, werden seit ca. einem Jahr auf der Arbeitsebene abgearbeitet.« Aus seiner Sicht habe die BIM den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu spät über ihr Vorhaben informiert. Die Investitionsmittel für den zweiten Bauabschnitt an der Kurt-Schumacher-GS stünden aber weiterhin zur Verfügung. Sobald es Neuigkeiten gebe, werde die Schulgemeinschaft über die nächsten Schritte informiert. Die zuständige Genehmigungsbehörde sei jedoch die bezirkliche Bauaufsicht.

Bei der Lösung der konkreten Probleme soll nun auch eine »Taskforce« der Senatsverwaltung für Bildung helfen. Doch auf unsere Anfrage an die Senatsverwaltung, ob denn die Taskforce inzwischen erfolgreich war, erhielten wir lediglich eine Bestätigung des ohnehin schon Bekannten: »(...) Abstimmungen mit der Taskforce erfolgten im Bedarfsfall, wie aktuell zum Standort des OSZ Mode und Bekleidung.« Eine weitere Nachfrage blieb unbeantwortet. Auch der Schulleiter der Grundschule, Lutz Geburtig, hat bis jetzt noch nichts Neues zum Stand der Dinge gehört.

Mit einem Brandbrief hatte sich die Elternvertretung der Kurt-Schumacher-Grundschule schon im Mai an den Regierenden Bürgermeister von Berlin gewandt. Darin werden die derzeitige Situation und ihre Vorgeschichte nochmals geschildert. Weiter heißt es: »Als Termin für einen Bauabschluss wurde zuletzt Herbst 2027 genannt. In 2027 werden inzwischen 15 Jahre Bauzeit und mehr als 2,5 Grundschulzyklen verstrichen sein, in denen die Schüler kein intaktes Schulgebäude gesehen haben. Ob der Termin zu halten ist, ist im Übrigen auch unsicher. Wir als Elternschaft der Kurt-Schumacher-Schule, also der Schule mit der geringsten Raumkapazität von Berlin (...), sind von den vielen Verzögerungen und immer wieder neu entstehenden Problemstellungen, die seit 2012 anhalten, müde geworden. Wir fühlen uns im Stich gelassen und nicht gehört. Wir fordern Sie daher auf, uns zu unterstützen und zur Klärung der aktuellen Blockierung des Bauabschnitts 2 beizutragen.« Fünf Monate später ist der Brief immer noch unbeantwortet.

Ulrike Steglich



Rasen betreten erwünscht!

Ein Fachworkshop beschäftigte sich im Sommer mit der Entwicklung des Gewerbes und des öffentlichen Raums am Mehringplatz

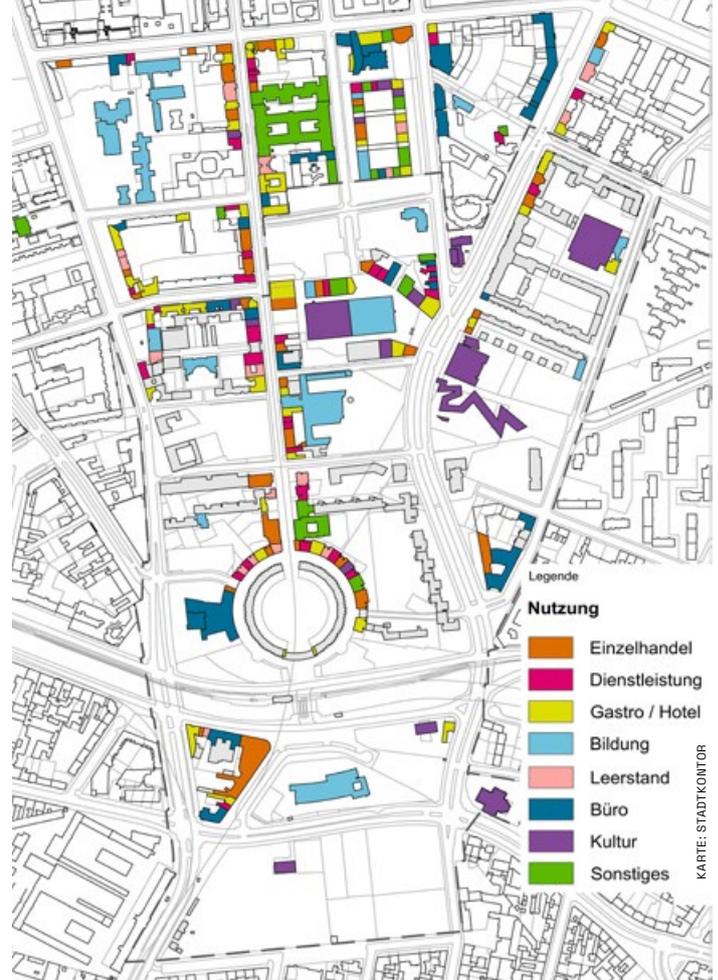
Dort, wo Wohnraum knapp ist und Menschen oft auf beengtem Raum und in zu kleinen Wohnungen zusammenleben müssen, wird der öffentliche Raum umso wichtiger. Doch eine Umfrage der Gebietsbeauftragten Stadtkontor und asum unter Passantinnen und Passanten im letzten Jahr hatte gezeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger am und rund um den Mehringplatz Verbesserungsbedarf bei der Gestaltung des öffentlichen Raums und bei der Gewerbelandschaft sehen. Dazu trug natürlich auch die Schließung des EDEKA im letzten Sommer bei. Anwohnerinnen und Anwohner wünschten sich mehr Einzelhandels- und gastronomische Angebote, vor allem aber klagten sie über mangelnde Sauberkeit und Sicherheit.

Um darüber zu beraten, wie man den Standort Mehringplatz stärken und die Situation verbessern kann, hatte der Bezirk im Sommer unterschiedliche Akteurinnen und Akteure zu einem fachübergreifenden Workshop zur Gewerbe- und Standortstrategie eingeladen. Zu den Teilnehmenden gehörten Vertreterinnen und Vertreter der Senatsverwaltung, des Bezirks, des Gebietsbeauftragten Stadtkontor, der asum, der Gewobag, der Polizei und des LKA sowie des Quartiersmanagements Mehringplatz und des Metropolenhauses.

Die Beteiligten diskutierten an zwei Thementischen. Der erste widmete sich dem »(Gewerbe-) Standort und Gebietsimage«, der zweite dem öffentlichen Raum und den Erdgeschosszonen.

Im Anschluss wurden die Ergebnisse der beiden Arbeitsgruppen sowie Ideen und weitere Schritte diskutiert. Die wichtigsten sind hier kurz zusammengefasst:

- Erdgeschosszonen: Um sie zu beleben, sollen Aktionen vor Ort wie z.B. das Freiluftkino gestärkt und unterstützt werden. Aus Sicht des bezirklichen Straßen- und Grünflächenamts ist das Gebiet sehr gut für Sondernutzungen, also z.B. Veranstaltungen oder Aktionen im öffentlichen Raum geeignet. Dafür braucht es allerdings eine Genehmigung des Bezirks und, wenn der Raum unter den Luftgeschossen genutzt werden soll, auch der Gewobag (Näheres zu Sondernutzungen im öffentlichen Straßenland findet man auf der Website des Bezirks: www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamts/)
- Belebung der Grünfläche auf dem Mehringplatz: Das Betreten des Rasens ist ausdrücklich erwünscht! Viele Anwohnerinnen und Anwohner scheinen nicht sicher zu sein, ob die Rasenfläche betreten werden darf. Die Antwort ist: Man darf! Es wird geprüft, wie die Fläche zukünftig noch besser genutzt werden könnte.



Im letzten Jahr wurde die Nutzung der Erdgeschosszonen kartiert. Dass die Gewerbelandschaft in ständiger Bewegung ist, lässt sich für Ortskundige auch an dieser Karte ablesen. So hat ein neuer Supermarkt in der Friedrichstr. 4 eröffnet, auch der »Mehring-Markt« am Mehringplatz 9 eröffnete erst im Frühjahr.

- Belebung des öffentlichen Raums: Die Fußgängerzone hat ein großes Nutzungspotenzial, beispielsweise für Themenmärkte. Es wird geprüft, welche Potenziale für eine Ausweitung des bestehenden Marktes oder ein zusätzliches Marktangebot bestehen.
- Sicherheit und Ordnung: Die Polizei hat bereits Maßnahmen ergriffen, etwa die Ansprache der Täter und ihres familiären Umfelds oder Workshops an Schulen (siehe auch S. 4). Auch die Sozialarbeiter von »Outreach« sind vor Ort tätig. Damit sich fremde Menschen nicht mehr in den Wohnhäusern aufhalten, braucht es einerseits funktionierende Türschließsysteme, andererseits müssen auch die Hausbewohner sensibilisiert sein, nicht einfach die Tür zu öffnen, wenn es unten klingelt.
- Die Einrichtung eines Drogenkonsumraums wurde kontrovers diskutiert.
- Erwogen wird eine verstärkte Präsenz von Kiezläufern, Kiezhausmeistern oder auch des Ordnungsamts.
- Es werden mehr Anlaufpunkte für Jugendliche benötigt, ebenso wie Räume für soziale Projekte. Bei letzterem wären auch Zwischennutzung leerstehender Räume sinnvoll. Vielen Projekten fehlt es jedoch an Mitteln für die Finanzierung.

US

Wo sind die Orte der Begegnung?

Die Vielfalt der sozialen Infrastruktur im Gebiet ist erstaunlich – und schwer zu überblicken

»Davon höre ich zum ersten Mal«, sagte Nurhayal Skrotzki erstaunt, als die Architektin Benita Braun-Feldweg auf einer Podiumsdiskussion zum Mehringplatz erzählte, dass Initiativen und andere Gruppen im »Metropolenhaus« am Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz auch Projekt-räume mieten können, für wenig Geld. Nurhayal Skrotzki, die sich als »Stadteilmutter« am Mehringplatz engagiert, schließt daraus: »Wir brauchen mehr Kommunikation.«

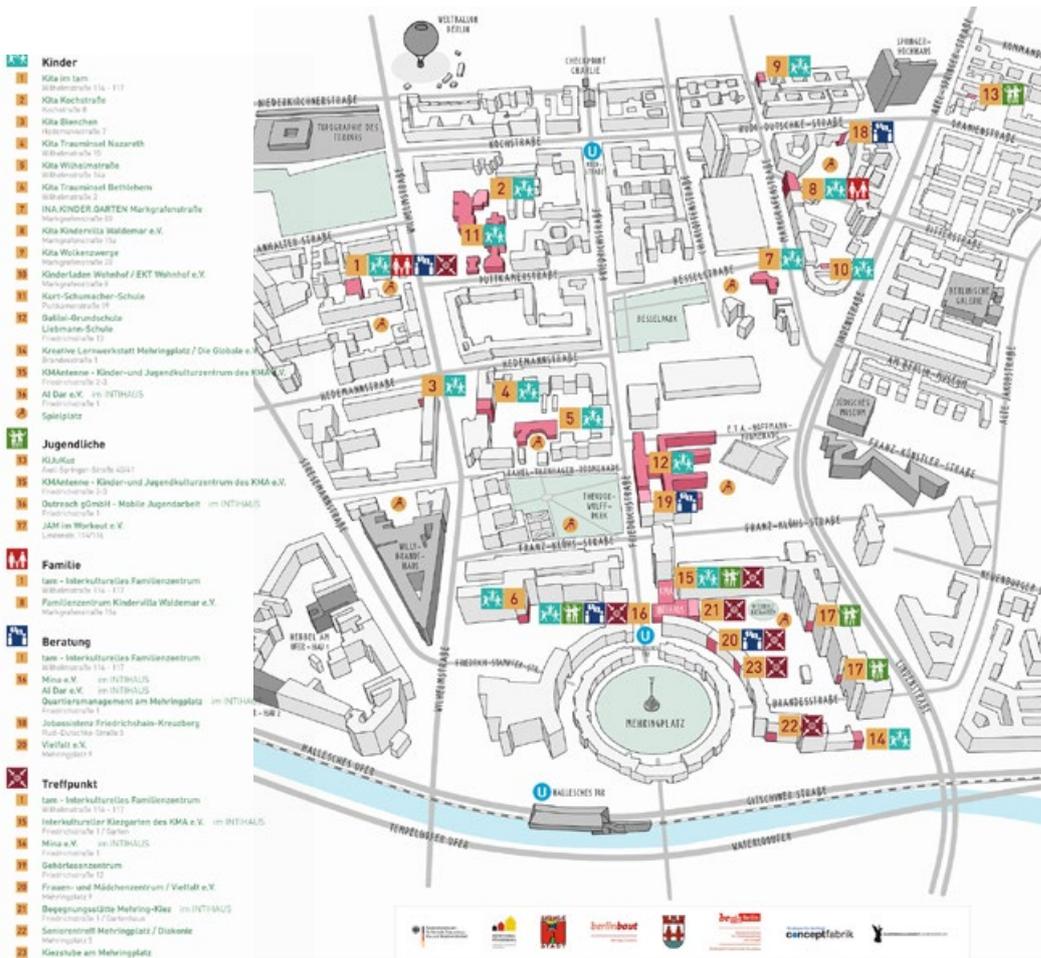
Tatsächlich scheint die enorme Vielfalt der Angebote und Einrichtungen sozialer Infrastruktur im Gebiet um den Mehringplatz vielen gar nicht bekannt oder bewusst zu sein. Denn zur »sozialen Infrastruktur« gehören ja nicht nur Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Freizeiteinrichtungen oder Spielplätze – sondern auch Beratungsstellen, Angebote von Vereinen und Initiativen oder eben Kultur- und Projekträume.

Um den Bewohnerinnen und Bewohnern einen schnellen Überblick zu ermöglichen, hat das Quartiersmanagement am Mehringplatz im Jahr 2017 eine Kiezkarte mit »Orten der Begegnung« im Mehringkiez erarbeitet. Doch natürlich gibt es gerade im Bereich der sozialen Infrastruktur häufig Veränderungen bei den Angeboten, außerdem können in einer solchen Karte bestenfalls die Institutionen, also die »Hardware«, verzeichnet werden – was sie im Einzelnen anbieten, also die »Software«, kann daraus nicht hervorgehen. So verbergen sich hinter der Adresse der »F1« überaus vielfältige Angebote: vom Seniorensport bis zum Berufscoaching der »Outreach«-Streetworker für Jugendliche. Auch die »Kiezstube« am Mehringplatz 7 ist ein Ort und Treffpunkt für unterschiedlichste Nutzungen, von der Mieterberatung der asum über den Frauennähkurs, Qi

Gong, das Reparaturcafé (siehe S. 10), die monatlichen Treffen der Literaturgruppe oder von Schachfreunden bis hin zum samstäglichen Kochen für Senioren im Kiez, das von Carsten Luck organisiert wird. Die Belegung der Kiezstube durch die unterschiedlichen Nutzerinnen und Nutzer wird von der Gewobag koordiniert. Derzeit wird geprüft, die Karte noch einmal zu aktualisieren, denn die Angebotslandschaft ist ja in ständiger Bewegung. So sind einige Räume noch nicht verzeichnet, weil sie bei der Erstellung der Karte noch gar nicht existierten: Die Projekträume »feldfünf« im Metropolenhaus etwa, oder der AGB PopUp am Blücherplatz, wo ebenfalls Räume für diverse gesellschaftliche Aktivitäten zur Verfügung stehen. Auch die »Bauhütte« in der Friedrichstraße 18/19 als wichtiger Ort der Beteiligung fehlt noch auf der Karte.

Wer also spezielle Angebote beispielsweise für Familien, Jugendliche oder Senioren sucht, ist gut beraten, wenn er sich zusätzlich auf die Website des Quartiersmanagements www.qm-mehringplatz.de begibt. Die Website hat den Vorteil, dass sie schneller aktualisiert werden kann als eine gedruckte Kiezkarte. Dort finden sich unter dem »Menüpunkt Info & Service« diverse Akteure und Initiativen im Gebiet sowie zahlreiche, nach Themen bzw. Zielgruppen geordnete Angebote, vom interkulturellen Familienzentrum »tam« bis hin zur Landes- und Zentralbibliothek. Eine weitere interessante Informationsquelle ist der digitale Atlas »Mehringplatz anknipfen«, der nicht nur Orte, Initiativen und Akteure verzeichnet, sondern darüber hinaus auch Geschichten zu historischen Orten enthält (<https://mehringplatz-de.community-atlas.net/>). Hier findet man aber auch Informationen über Ideen zur Weiterentwicklung des Gebiets, etwa zum Dragonerareal, dem ehemaligen Blumengroßmarkt oder der ZLB am Blücherplatz. Die Ausarbeitung des Atlas begann 2016 im Rahmen eines EU-finanzierten Projekts als Ergebnis von Werkstätten, die sich mit Themen wie Stadterkundung und digitalem Geschichtenerzählen befassten.

Ulrike Steglich



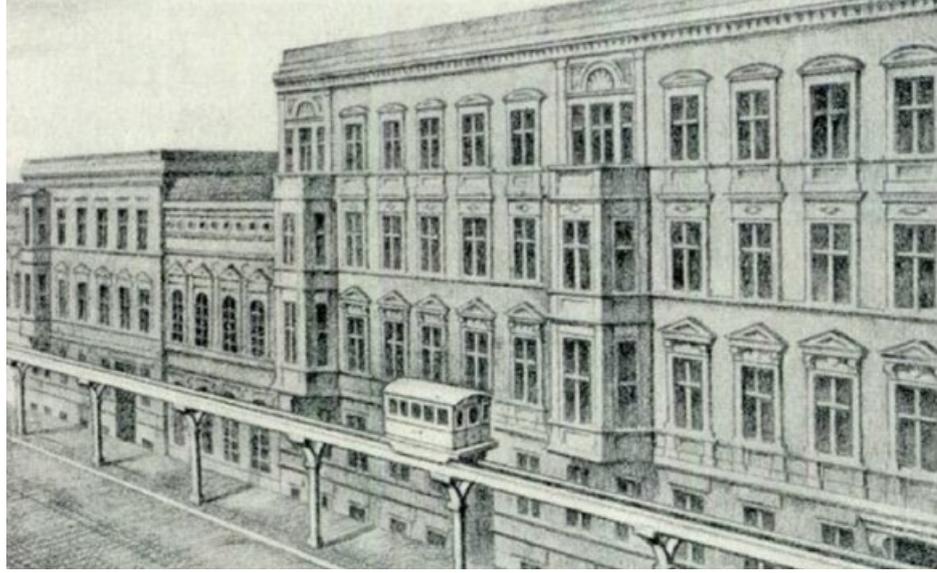
Im Jahr 1900 am Halleschen Tor

Überall rattern Straßenbahnen und die Hochbahn wird gerade gebaut

Um 1900 herum herrscht am Halleschen Tor heftiger Verkehr. Das zeigt ein Blick auf den »Großen Verkehrs-Plan von Berlin und seinen Vororten« aus dem Jahr 1900 (die »Vororte« hatten damals noch Namen wie Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf oder Pankow). Auf dem Kreisverkehr des »Belle-Alliance-Platz«, wie der Mehringplatz damals hieß, zählen wir insgesamt sieben Straßenbahnlinien, auf der »Belle-Alliance-Straße« (heute Mehringdamm) sogar elf. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist die Straßenbahn das wichtigste Verkehrsmittel Berlins.

Bis zum Jahr 1895 wurden die städtischen Straßenbahnen noch sämtlich von Pferden gezogen. Dann wurde in Pankow die erste »Elektrische« in Betrieb genommen. Die Vorteile waren so offensichtlich, dass bis 1902 nahezu jede Straßenbahn in Berlin und seinen »Vororten« elektrifiziert worden war. Dabei war die erste elektrische Straßenbahn der Welt schon im Jahr 1881 von Werner von Siemens in Groß-Lichterfelde, einem der damaligen Vororte von Berlin, präsentiert worden. Allerdings mussten damals die Gleise noch umzäunt werden, da über sie die Stromzufuhr verlief, was in der Innenstadt eher unpraktisch ist. Mit Hilfe amerikanischer Patente für Oberleitungen baute die AEG, der große Konkurrent von Siemens, schließlich im Jahr 1891 in Deutschland die erste innerstädtische elektrische Straßenbahn in Halle an der Saale. In Berlin hatte jedoch der Magistrat als Berliner Stadtverwaltung zunächst noch große Vorbehalte gegen die Oberleitungen und auch der Kaiser äußerte Bedenken.

Dass die herrschende Klasse in Preußen mit Straßenbahnen zunächst nichts anfangen konnte, zeigt sich auch auf dem Großen Verkehrs-Plan von 1900. Fast alle Straßen, die auf den Belle-Alliance-Platz und das Hallesche Tor zuführten, waren damals mit Straßenbahnschienen ausgestattet – nur die breite Wilhelmstraße nicht, in der sich damals ein Ministerium neben dem anderen reihte. Und in der Friedrichstraße knickten die Straßenbahngleise an der Kochstraße kurz nach Osten ab, um später über die Charlottenstraße wieder nach Norden zu führen. Im Machtzentrum



Bereits 1880 hatte Werner von Siemens eine Hochbahn über den Gehwegen in der Friedrichstraße vorgeschlagen. Sie bekam jedoch keine Baugenehmigung. Man befürchtete u.a. herabtropfende Wagenschmiere.

des Deutschen Reiches hielt man von Straßenbahnen offenbar nicht viel. Die »Elektrische« setzte sich dennoch durch, denn sie ermöglichte den Transport vieler Menschen und damit erst die Entwicklung der großen Industriemetropolen. In anderen Millionenstädten war man im Jahr 1900 jedoch schon weiter. In London eröffnete in diesem Jahr mit der »Central London Railway« bereits die siebte Londoner »Underground«-Linie und in Paris der erste Abschnitt der Métro, die zwei Jahre später auf ein Netz von fast 25 Kilometern Länge angewachsen war. Untergrund-Bahnen gab es auch schon im schottischen Glasgow und (gebaut von Siemens) im ungarischen Budapest.

In Berlin jedoch traute man sich nicht unter die Erde. Allerdings ist hier die Beschaffenheit des Bodens auch besonders problematisch. London steht auf Lehm, Paris auf Kalkstein, das Stadtzentrum von Berlin auf Sand, Schlamm und Geröll. Bis heute führt das immer wieder zu unliebsamen Überraschungen bei Bauprojekten. Am Ende des 19. Jahrhunderts schreckte der Magistrat jedenfalls noch vor Untergrundbahnen zurück. Auch Siemens favorisierte damals Hochbahnen, wie sie in dieser Zeit etwa New York und Chicago durchzogen. Doch sein Vorschlag von 1880, eine Hochbahn in der Friedrichstraße zu errichten, scheiterte. Genehmigt wurde nach langen und zähen Verhandlungen schließlich eine Trasse entlang der ehemaligen Berliner Zollmauer im heutigen Kreuzberg. An der wurde im Jahr 1900 mit Hochdruck gebaut, zwei Jahre später war sie fertig gestellt und mit ihr

auch der Hochbahnhof am Halleschen Tor. Zwischen Warschauer Brücke und Halleschem Tor ließ der breite Straßenraum ausreichend Platz für die Baustelle. Entlang des Landwehrkanals sollte die Linie oberirdisch zunächst bis zur Bülowstraße bzw. in einem Abzweig zum Potsdamer Platz führen. Die Bülowstraße aber befindet sich in Schöneberg, wo der Magistrat damals nicht zuständig war. Von hier aus sollte die Bahn weiter zum Bahnhof Zoo und zum heutigen Ernst-Reuter-Platz führen, der damals »Knie« hieß: unter der Bedingung, dass sie unterirdisch fährt. Darauf hatte vor allem Charlottenburg bestanden, das in den mondänen Vierteln um den Tauentzien herum keine ratternden Hochbahnen wollte. Dass der Bau solcher Tunnel im sandigen Untergrund Berlins möglich ist, hatte die AEG bewiesen. Unter ihrem Betriebsgelände in Wedding stellte sie im Jahr 1897 einen Versuchstunnel und in Stralau im Jahr 1899 sogar einen Tunnel unter der Spree hindurch fertig.

Im Berliner Stadtbauamt betrachtete man unter dem neuen Stadtbaurat Ludwig Hoffmann (seit 1896) Untergrundbahnen zudem mit größerem Wohlwollen, zumal die Pilotprojekte der AEG auch nicht zu den befürchteten Schäden an der Kanalisation geführt hatten. Deshalb wurde im Jahr 1900 erlaubt, dass der Abzweig zum Potsdamer Platz auch unterirdisch geführt werden darf. Es dauerte freilich noch bis 1923, bis die U-Bahn unter der Erde auch das Hallesche Tor erreichte.

Christof Schaffelder

mehr auf
www.berliner-verkehrsseiten.de



CHRISTOPH ECKELT

Start der Kältehilfe für Wohnungslose

Die kalte Jahreszeit ist besonders für wohnungslose Menschen hart. Deshalb gibt es in jedem Winter von Oktober bis April die Berliner Kältehilfe mit zusätzlichen Angeboten wie Notübernachtungen und Nachtcafés und den Wärmebussen. Manche Einrichtungen sind ganzjährig geöffnet, wie die Ohlauer 365 in der Ohlauer Str. 22, die täglich 88 Menschen eine Übernachtungsmöglichkeit bietet. Viele der wohnungslosen Menschen haben keinen Internetzugang und sind auf Tipps von anderen angewiesen, wo sie Hilfe finden. In der Nachbarschaft des Mehringplatzes gibt es mehrere Anlaufstellen. Bitte geben Sie im Bedarfsfall die Infos an obdachlose Menschen weiter:

- Tagesstätte am Wassertor, Segitzdamm 46 (Tagesaufenthalt, Essen, Beratung, Med. Hilfe, Kleidung, Hygiene), Öffnungszeiten: Mo+Fr 8.30–14 Uhr | Mi 8:30–16 Uhr
- Wärmestube der Evangelischen Kirchengemeinde Hallesches Tor, Zosener Str. 65 (Tagesaufenthalt, Essen, Med. Hilfe), Öffnungszeiten: bis April 2025 jeden Mi 12–15 Uhr
- Zentrum Gitschiner 15, Gitschiner Str. 15 (Tagesaufenthalt, Essen, Beratung, Med. Hilfe, Kleidung, Hygiene), Öffnungszeiten: ganzjährig Mo–Mi 10–16 Uhr, Do 12–16 Uhr, Fr 9–15 Uhr
- Kälteschutz im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a (Schlafplatz, Essen, Kleidung), Öffnungszeiten: bis April 2025 jeden Do 20–9 Uhr

Die Kälte- und Wärmebusse werden ab 1. November in Berlin unterwegs sein. Bitte achten Sie aufeinander! Wenn Sie vermuten, dass eine obdachlose Person Hilfe benötigt, sprechen Sie sie höflich an und fragen, ob sie etwas braucht oder Hilfe annehmen will. Bitte handeln Sie, wenn Sie eine Gefährdung der Person befürchten. Mehr Informationen zur Kältehilfe und Notfall-Telefonnummern findet man hier: <https://kaeltehilfe-berlin.de/>

Wintermuckel am Mehringplatz

Auch in diesem Jahr wird es wieder einen »Wintermuckel« geben: Er findet am Mittwoch, dem 27. November 2024 von 16 – 19 Uhr vor dem und um das F1 statt. Organisiert wird er vom Netzwerk Friedrich & Mehr.

Wie schon in den letzten Jahren wird die Feuerwehr gemeinsam mit den Kindern den Tannenbaum vor dem F1 schmücken. Es gibt Essen und ein paar Getränke, außerdem Bastel- und Malaktionen für die Kleinen, Kinderschminken und Musik. Die Gewobag bietet wieder das alljährliche Knusperhäuschenbasteln an und schickt außerdem einen Engel vorbei, während die HOWOGE den Weihnachtsmann

entsendet. Auch das Spielmobil mit Spielangeboten für Kinder wird dabei sein. Weitere Aktionen sind noch in Planung – lasst euch überraschen! Das Projekt Friedrich & Mehr ist ein Projekt von Wassertor e.V. und wird durch das Quartiersmanagement am Mehringplatz über das Programm Sozialer Zusammenhalt gefördert. Manchmal entdeckt man dabei auch selbst etwas, das man mitnehmen möchte. Was am Ende des Tages noch da ist, kommt in die »NochMall« – das Gebrauchtwarenkaufladen der BSR in Reinickendorf. Mehr Infos zu den BSR-Kieztagen gibt es unter: www.bsr.de/meinkieztage

Winterlicher Flohmarkt

Wer gern auf Flohmärkten stöbert, sollte sich den 15. November im Kalender vormerken: An diesem Tag findet von 14 bis 18 Uhr der »Winterliche Flohmarkt – zugunsten von Menschen ohne festen Wohnsitz« im Rathaus in der Yorckstraße statt. Neben einem breiten Angebot ist auch ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm angekündigt. Mit den Erlösen

des Flohmarkts werden in Zusammenarbeit mit sozialen Trägern Care-Pakete für den Winter (mit Hygieneartikeln, warmen Socken, Regenponchos u. ä.) zusammengestellt und direkt an Menschen ohne festen Wohnsitz verteilt. 15. November, 14–18 Uhr, Dienstgebäude Yorckstr. 4–11 (Foyer und umliegende Räume)

Reparaturbonus für defekte Elektrogeräte

Wenn elektrische Geräte kaputtgehen, ist es besser, sie zu reparieren oder reparieren zu lassen, als sie wegzwerfen und neu zu kaufen. So wird Abfall vermieden und Rohstoffe werden geschont. Aber oft steht man vor dem Problem, dass eine Reparatur teuer wäre als eine Neuanschaffung. Deshalb unterstützt das Land Berlin seit September die Reparatur von Elektrogeräten – vom Mobiltelefon über Toaster bis zu Druckern oder Bohrmaschinen – mit einem finanziellen Zuschuss, dem »Reparaturbonus«: Wer seine Geräte zu einem Reparaturbetrieb oder einem Repair-Café bringt, bekommt die Kosten für Ersatzteile zu 100% ersetzt. Gefördert werden Kosten ab 25€ bis 200€.

Am Mehringplatz hat das Repair-Café montags und freitags von 15:00–17:00 in der Kiezstube (Mehringplatz 7) geöffnet, organisiert wird es von Bernd Schellenberg. Hier treffen sich engagierte Ehrenamtliche, Anwohnerinnen

und Anwohner, um gemeinsam Dinge zu reparieren. Das Repair Café bietet dabei Hilfe zur Selbsthilfe: Technisch begabte Menschen geben vor Ort praktische Tipps und helfen. Das Repair-Café wird vom Quartiersmanagement am Mehringplatz über das Programm Sozialer Zusammenhalt gefördert.

Wer den Reparaturbonus erhalten will, lässt sich im Repair-Café einen Laufzettel für das Ersatzteil ausstellen, der dann zusammen mit dem Kassenschein digital eingereicht werden muss. Mehr Informationen über den Reparaturbonus und eine Liste aller in Frage kommenden Geräte findet man auf der Website www.ibb-business-team.de/reparaturbonus/, dort kann man auch den Antrag stellen – allerdings erst nach der Reparatur. Dazu muss man mindestens 18 Jahre alt sein und in Berlin wohnen. Der Bonus kann nur einmalig beantragt werden. Die Regelung gilt vorerst bis 31. Dezember 2025.

Hallo, hier ist wieder Eddi vom Mehringplatz. Es wird jetzt wieder kalt, das mögen wir Erdmännchen überhaupt nicht. Meine Mutter nervt aber am Winter in Deutschland besonders die Dunkelheit: Gegen die Kälte kann man sich ja etwas anziehen, sagt sie. »Aber das düstere Licht macht die Leute ganz kirre und miesepetrig«. Wenn im Frühling dann die Sonne wieder scheint und man draußen sitzen kann, dann ist es umgekehrt, dann hört man sie überall lachen.



Ich bin zu Besuch bei Verwandtschaft, leider stehen wir im Hochwasser! Links ein Cousin aus Afrika, ein Manguste und rechts unten die Cousine aus Indien, eine Mungo.

Eddi und die Überschwemmungen

Im südlichen Afrika, woher meine Familie stammt, ist das anders. In der Savanne gibt es keinen Sommer und keinen Winter, es ist ständig warm und es gibt das Jahr über nur kleine Unterschiede bei der Länge der Tage. Dafür gibt es Trockenzeit und Regenzeit. Wenn der Regen ausbleibt, dann ist Dürre und alle leiden Hunger. Aber manchmal regnet es auch zu doll. Dann werden die Höhlen von uns Erdmännchen überschwemmt. Wir achten zwar beim Bauen auf die Hochwassergefahr. Aber in der Regenzeit wird die Erde weich und die Tunnel brechen oft ein.

Bei Starkregen und Hochwasser ist es besonders schlimm. Das gibt es jetzt auch immer häufiger in Europa, die Nachrichten erzählen jedenfalls ständig von Überschwemmungen. Meine Lehrerin meint aber, wir hier in Berlin brauchen keine Angst zu haben. Denn es gibt hier ja keine hohen Berge, von denen das Wasser in die Täler herunterstürzen und alles mitreißen kann. Und außerdem gibt es um Berlin herum große Seen, die das Hochwasser aufnehmen können, bevor es die ganze Stadt überschwemmt. Wenn es stark regnet und die Gullis verstopft sind, kommt es auf der Straße natürlich trotzdem manchmal zu kleinen Überschwemmungen. Dann bilden sich richtige Tümpel, in denen meine kleine Schwester gerne matscht.

Besonders böses Hochwasser gibt es aber in Afrika und Asien: Bei den Erdmännchen in Südafrika war in diesem Juni alles kaputt. Und bei unse-

ren entfernteren Verwandten, den Mangusten aus Nordafrika, kam es im September zu riesigen Überschwemmungen. Auch von den Mungos aus Nepal, Indien und Pakistan erreichen uns ständig Videos von kaputten Höhlen mit der Bitte, ihnen zu helfen. Wir schicken auch meistens etwas.

Mein Vater war zuletzt aber ganz verzweifelt, weil es in den Savannen immer heißer wird, hat er erzählt. Viel doller als hier, wo die meisten Menschen schon 35 Grad zu heiß finden. Für uns Erdmännchen ist das total normal. Es gibt Gegenden in der Savanne, da wird es inzwischen sogar über 50 Grad heiß. Dort kann man dann kaum überleben. Ich meinte, unsere Verwandten von dort sollen doch herkommen, an den Winter in Deutschland würden sie sich früher oder später gewöhnen.

Da wurde mein Papa ganz traurig. Viele Leute wollen das nicht, hat er gesagt, weil sie Angst vor Fremden aus dem Ausland haben. In der Umgebung von Berlin, in Brandenburg, hätten jetzt ganz viele eine Partei gewählt, die uns Erdmännchen aus diesem Land am liebsten rausschmeißen will. Das verstehe ich nicht, weil ich doch am Mehringplatz zuhause bin und meine Kumpels in der Schule wohnen auch alle hier. Dann wäre ja unsere Schule fast leer und der Bolzplatz und überhaupt der ganze Kiez. Ich glaube, diese Partei erzählt da großen Quatsch.

Euer Eddi, das Erdmännchen



das letzte

Berliner Aufkleber

In letzter Zeit muss ich oft an ein Hostel im nordirischen Derry denken, in dem wir vor zehn Jahren mal ein paar Tage und Nächte verbrachten. Es war das chaotischste und lustigste Hostel, das ich je erlebt habe. Die Betreiber schienen selbst Backpacker auf Durchreise zu sein, jedenfalls waren sie kaum von den Hostel-Besuchern zu unterscheiden. Das Hostel war ein bisschen heruntergekommen, über dem Hof sorgten eine Plane und etwas löchriges Wellblech dafür, dass man in diesem nasskalten Sommer draußen wenigstens halbwegs trocken blieb. Die Treppe im Hostel war ständig von Gästen belagert. Ich verstand erst nicht warum, bis ich mitkriegte, dass sie der einzige Ort im Gebäude war, an dem man W-Lan-Empfang hatte. Nach und nach fielen alle möglichen elektrischen Geräte aus, dann pappten die Hostel-Betreiber lustige Post-its daran, auf denen stand: »Sorry, I'm out of order. Your toaster.« (übersetzt etwa: »Tut mir leid, ich bin gerade kaputt. Dein Toaster.«) Oder: »Sorry, I'm out of order. Your shower.« Darunter war immer ein Smiley gezeichnet. Kritisch wurde es erst, als der Strom völlig ausfiel, weil die Leitungen so marode waren. Da verfielen auch die sonst eher tiefenentspannten Betreiber in leichte Hektik.

Berlin ist ein bisschen wie dieses Hostel. Man hat sich schon daran gewöhnt, dass laufend irgendwo irgendwas zusammenbricht, nicht mehr funktioniert oder klemmt. Die BVG am Rande des Nervenzusammenbruchs. Explodierende Mieten und Wohnungsnot. Überforderte Wohnungsbaugesellschaften. Notorischer Personalmangel in Schulen, Krankenhäusern, Behörden. Endlosbaustellen (Schulsanierung in Kreuzberg: seit 12 Jahren, Ende nicht absehbar; Neubau einer Spandauer Jugendfreizeiteinrichtung: acht Jahre usw.). Chronisch unterfinanzierte Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit. Marode Schulklos, überfüllte Klassen. Träger sozialer Einrichtungen, die im November immer noch nicht wissen, ob sie ab Januar noch finanziert werden, weil der Senat den Berliner Haushalt für das kommende Jahr noch nicht beschlossen hat. Eine Verwaltungsreform, die seit gefühlt 30 Jahren auf sich warten lässt. Faxgeräte in der Verwaltung statt koordinierter Digitalisierung. Die ausufernde Bürokratie. Eine rätselhafte Verkehrspolitik ... (beliebig fortzusetzen). Nun wirkt es ein wenig peinlich, wenn sich ausgerechnet die Zuständigen dieses Desasters, also die Senatsmitglieder, in ähnlich charmanter Lässigkeit üben wie jene liebenswürdig-anarchischen Hostelbetreiber: Nicht nur, weil es ihnen an Charme fehlt, sondern vor allem, weil die CDU ja wegen ihres Versprechens gewählt wurde, aus dem Chaos rauszukommen – jedenfalls, wenn wir das richtig verstanden haben. Da mutet es nur befremdlich an, wenn der Regierende



Bürgermeister die simple Tatsache, dass man endlich auch online seinen Wohnsitz anmelden kann, allen Ernstes als »Gamechanger« und »Meilenstein« bejubelt.

Und was macht der Senat sonst so? Er pappt – wie die Hostelbetreiber – lustige Post-its auf die Berliner Misere. So sollen neuerdings Großplakate mit süßen Monstern darauf wildgewordene PKW-Rambos zu mehr Achtsamkeit im Straßenverkehr disziplinieren. Echt jetzt?

Eine neue Berlin-Image-Plakatkampagne versucht wiederum, an den 20 Jahre alten »arm, aber sexy«-Slogan anzuknüpfen und die Berliner Dysfunktionalität als Berliner »Marke« zu verkaufen: mit Sprüchen wie »Wir haben alles. Nur keinen Bock.« Oder »Wenn wir nix auf die Reihe kriegen, warum stehen dann alle Schlange?« Nun ja. Vermutlich nicht deshalb, weil der Senat keinen Bock hat und nix auf die Reihe kriegt. Ist es nicht peinlich, wenn ausgerechnet jene, die doch versprochen hatten »aufzuräumen«, nun selbst mit dem Chaos kokettieren?

Zu allem Überfluss wird der großformatige Unfug auch in anderen Städten plakatiert, etwa in Stuttgart mit dem Slogan: »Echte Schwaben ziehen um«. Ja, wohin denn? Muss Berlin irgendwo noch ein paar hoffnungslos überbeuerte möblierte Karnickelställe loswerden?

In München wirbt Berlin für sich mit dem Satz »Hier ziehen Bayern die Lederhosen aus.« – Nein, halt, stopp, aufhören! Das geht eindeutig zu weit. Liebe Bayern, das war ein Irrtum. Die Hosen bleiben oben, bitte. Wir haben hier schon genug Probleme.

Ulrike Steglich